



Freiheit Hetze Demokratie Toleranz Extremismus Vorurteil Meinungsfreiheit Religionsfreiheit Terrorismus Ausgrenzung Vielfalt

**Verfassungsschutzbericht kompakt
über das Jahr 2015**

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen
Telefon: 0211/871-2821
Telefax: 0211/871-2980
kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de
www.mik.nrw.de/verfassungsschutz

Bestellservice

bestellung.verfassungsschutz@mik1.nrw.de
www.mik.nrw.de/publikationen

Stand: Juli 2016

Druck: jva druck+medien, Geldern

Fotos: picture alliance / dpa / Pressefoto
ULMER/Markus Ulmer / Winfried
Rothermel / Geisler-Fotopress /
Polizei Hagen/dpa, Tomasz Zajda
- fotolia.com, Verfassungsschutz
Nordrhein-Westfalen

Liebe Leserin, lieber Leser,

immer häufiger werden Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte durch Täter verübt, die zuvor nicht in der organisierten rechtsextremistischen Szene aufgefallen sind. Es gibt einen neuen Tätertyp, der sich schnell radikalisiert und die Schwelle von der Ideologie zum Anschlag ohne Zwischenschritte überspringt.

Bis Anfang Juni dieses Jahres gab es 114 politisch motivierte Taten gegen Flüchtlingsunterkünfte in NRW. 22 davon waren Gewaltdelikte. 66 Prozent der Tatverdächtigen waren zuvor noch nicht als rechte Gewalttäter aufgefallen. Diese Turbo-Radikalisierung rechtzeitig zu erkennen, ist besonders schwierig.

Hinter den Zahlen, Daten und Fakten des Verfassungsschutzberichts verbirgt sich eine Botschaft und die dürfen wir als Gesellschaft nicht überhö-

ren. Sie lautet, dass wir alle aufgefordert sind, für unsere Freiheit und Demokratie einzutreten.

Die Gefahr durch extremistische Salafisten bleibt hoch. Der Terror kann heute jeden an fast jedem Ort treffen. Als Täter kommen Syrien-Rückkehrer, auch über Flüchtlings-Routen eingesickerte „Hit-Teams“ oder vom so genannten IS-inspirierte Attentäter in Betracht, die mit einfachsten Mitteln zuschlagen, – wie die jüngsten Ereignisse in Deutschland schmerzlich gezeigt haben.

Und die Täter werden immer jünger. Die Landesregierung wird deshalb den Ausbau und die Vertiefung ihres Präventionsprojekts „Wegweiser“ weiter vorantreiben. Das ist genau der richtige Ansatz, damit wir Kinder und Jugendliche nicht an die salafistischen Verführer verlieren.

Gegen politisch motivierte Gewalt werden die Sicherheitsbehörden weiter rigoros vorgehen. Die

Menschen in NRW können sich darauf verlassen, dass der Staat da zeigt, was in ihm steckt und sie schützt.

Diese Broschüre bietet eine Zusammenfassung des Verfassungsschutzberichtes des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2015.



Unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz finden Sie den kompletten Bericht und aktuelle Veröffentlichungen zu allen Themen des Verfassungsschutzes.

Hier können Sie den Bericht bestellen:

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Abteilung Verfassungsschutz
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

bestellung.verfassungsschutz@mik1.nrw.de
www.mik.nrw.de/publikationen

Kompakt

Politisch motivierte Gewalt

- Die deutliche Erhöhung der PMK- und PMK-Gewaltzahlen setzt sich im Jahr 2015 fort. Diese Anstiege sind vor allem in den PMK-Phänomenbereichen Rechts und Links zu verzeichnen, während die PMK in den Bereichen Ausländer und Sonstige geringfügig rückläufig ist.

Rechtsextremismus

- Der Umgang mit Flüchtlingen ist das bestimmende Thema. Dies äußert sich in fremdenfeindlicher und rassistischer Propaganda, so wie der Verbreitung von Hetze im Internet und führte zu zahlreichen Aktivitäten.



7. Januar
Anschläge in
Paris, u.a. auf
die Redaktion
von Charlie
Hebdo



18. März
Proteste ge-
gen die EZB-
Eröffnung in
Frankfurt am
Main



1. Mai
Demostratio-
nen von **NPD**
(Mönchenglad-
bach) und **Die
Rechte** (Essen)

2015 ►

01

02

03

04

05

06

- ▶ Radikalisierung von Rechtsextremisten drückte sich zum einen in Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik aus, zum anderem führte sie zu einer steigenden Zahl von Übergriffen auf Flüchtlingseinrichtungen sowie zu Drohungen und Straftaten gegen Flüchtlinge, Helfer und Politiker.
- ▶ Durch verschiedene Gida-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen versuchten Rechtsextremisten auf bürgerliche Milieus Einfluss zu nehmen und fremdenfeindliche Botschaften zu verbreiten. Dieses Vorhaben ist weitgehend gescheitert.

Linksextremismus

- ▶ Es gibt einen deutlichen Anstieg der Gewaltstraftaten durch die autonome Szene im Zusammenhang mit verschärften Konfrontationen vor den Hintergrund rechtsextremistischer Anti-Asyl-Agitationen und Protesten gegen den Tagebau. Linksextremistische Gewalt richtet sich auch gegen Polizisten, die das Demonstrationsrecht schützen.

2015 ►

01

02

03

04

05

06

15. Februar
Zerschlagung
einer mutmaßli-
chen Terrorzelle in
Verviers



28. März
Kundgebung von
Die Rechte in
Dortmund, u.a.
mit Rechtsrock-
musik



6. Mai
Festnahmen
von Angehö-
rigen der Old-
school Society
(OSS)



Ausländerextremismus

- Vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse in der Türkei mehren sich die Konflikte zwischen PKK-Anhängern und türkischen Rechtsextremisten und Nationalisten.

Islamismus

- Die Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus in Nordrhein-Westfalen blieb im Jahr 2015 dauerhaft erhöht.
- Die Anschläge in Belgien, Frankreich und Dänemark zeigen deutlich die Rückwirkung der Konflikte in Syrien und im Irak auf Europa und damit auch auf Nordrhein-Westfalen.
- Gefahren drohen besonders von Syrien- und Irak-Rückkehrern, von eingeschleusten „Hit-Teams“ des IS und sympathisierenden, jihadistisch orientierten Jugendlichen in Deutschland.
- Es ist eine weitere Ausweitung und Professionalisierung der salafistischen Internetpropaganda festzustellen, die in der Art einer Jugendkultur vor allem auf junge Menschen abzielt.



6./7. September
Agitation von **Die Rechte** gegen ankommende Flüchtlinge und Helfer am Dortmunder Hauptbahnhof.



17. Oktober
Attentat auf Henriette Reker, Oberbürgermeisterkandidatin in Köln



17. November
Absage des Länderspiels Deutschland-Niederlande in Hannover



26. Dezember
Großdemonstration der Kurden in Düsseldorf, Teilnehmerzahl circa 15.000

07

08

09

10

11

12

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

- ▶ Im Berichtsjahr konnte eine deutlich erhöhte Zahl von komplexen Cyberangriffen auch auf deutsche Unternehmen festgestellt werden.
- ▶ Die Spionageabwehr beobachtete nahezu eine Verdopplung von Beschaffungsversuchen im Bereich der Proliferation. In über 90 Prozent der Fälle wurde eine Auslieferung verhindert.

Prävention und Aussteigerprogramme

- ▶ Das landesweite Präventionsprogramm „Wegweiser“ ist auf vier weitere Regionen ausgeweitet worden.
- ▶ Die wissenschaftliche Evaluation stellt dem Aussteigerprogramm Rechtsextremismus der Landesregierung insgesamt ein positives Zeugnis aus.

07	08	09	10	11	12
 1. - 7. Juni Proteste gegen den G7-Gipfel in Elmau	 3. Oktober Brandanschlag auf ein von Flüchtlingen bewohntes Mehrfamilienhaus in Altena	 13. November Terroranschläge in Paris (u.a. auf ein Konzert im Bataclan)	 2. Dezember Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Durchführung der Verhandlung im NPD-Verbotsverfahren		

Über den Verfassungsschutz

Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe des Bundes und der Länder. Nordrhein-Westfalen verfügt deshalb wie alle Länder der Bundesrepublik Deutschland über eine Verfassungsschutzbehörde. Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen ist ein Nachrichtendienst im Sicherheitsgefüge des Landes Nordrhein-Westfalen und ist als Abteilung in das Ministerium für Inneres und Kommunales eingegliedert. Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet, untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln zusammenzuarbeiten. Dabei übernimmt das BfV die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene.

Im Rahmen des Sicherheitspakets 2015 hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen beschlossen, im Verfassungsschutz mehr Personal zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus einzusetzen. Der Verfassungsschutz wurde um 54 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt, so dass im Jahr 2015 für die Abteilung 388 Stellen sowie Sach- und Investitionsmittel von 5,61 Millionen Euro zur Verfügung standen.

Anmerkung

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2015; zeitlich danach liegende Vorfälle und Entwicklungen werden punktuell angesprochen, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts erforderlich sind. Ergänzende Informationen finden Sie im Internet unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes

Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informa-

tionen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen,

- ▶ die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- ▶ darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen, oder
- ▶ die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- ▶ die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder

- die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Die Verfassungsschutzbehörde sammelt hierzu die für sie relevanten Informationen und wertet sie aus, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegeben sind oder zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht solcher Bestrebungen und Tätigkeiten vorliegen. Weder eine konkrete Gefahr noch eine begangene Straftat

sind notwendig, um ihr Tätigwerden zu legitimieren. Es ist nicht Voraussetzung für die Berichterstattung in den Jahresberichten, dass sich die Verdachtsmomente bis zur Einschätzung einer Bestrebung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Der Verfassungsschutz arbeitet zum Schutz der Verfassung und des Gemeinwesens im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Er hat bei der Wahrnehmung seines gesetzlichen Auftrags im Wesentlichen Organisationen und Strukturen im Blick.

Kennzeichnung

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

Beispiel:

»Partei XY«

Bei einer „Bestrebung“ handelt es sich nach § 3 Abs. 3 VSG NRW um politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der gegen die in § 3 Abs. 1 genannten Schutzgüter gerichtet ist. Ein „Personenzusammenschluss“ setzt mehrere Personen voraus, die gemeinsam handeln. Einzelpersonen stehen nicht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes, es sei denn, ihr Verhalten ist auf die Anwendung von Gewalt gerichtet oder von ihnen geht eine erhebliche Gefahr für eines der Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes aus.

Beispiele für Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen.



Extremismus in Zahlen

Wechselwirkungen zwischen den Extremismusbereichen und ihre Auswirkungen auf Deutschland und Nordrhein-Westfalen.

Auslandsbezogener Extremismus

- ▶ Reaktion auf Lage in der Türkei
- ▶ Emotionalisierung
- ▶ Mobilisierung

Linksextremismus

- ▶ Gewalt
- ▶ Reaktionen auf rechtsextremistische Aktionen

Rechtsextremismus

- ▶ Gewalt / Gefahr des Terrorismus
- ▶ Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte
- ▶ Spaltung der Gesellschaft



Wechselwirkungen

- ▶ Rechtsextremisten ↔ Salafisten
- ▶ Rechts- ↔ Linksextremisten
- ▶ Auslandsbezogene Extremisten untereinander
- ▶ Resonanz- und Impulsstraftaten

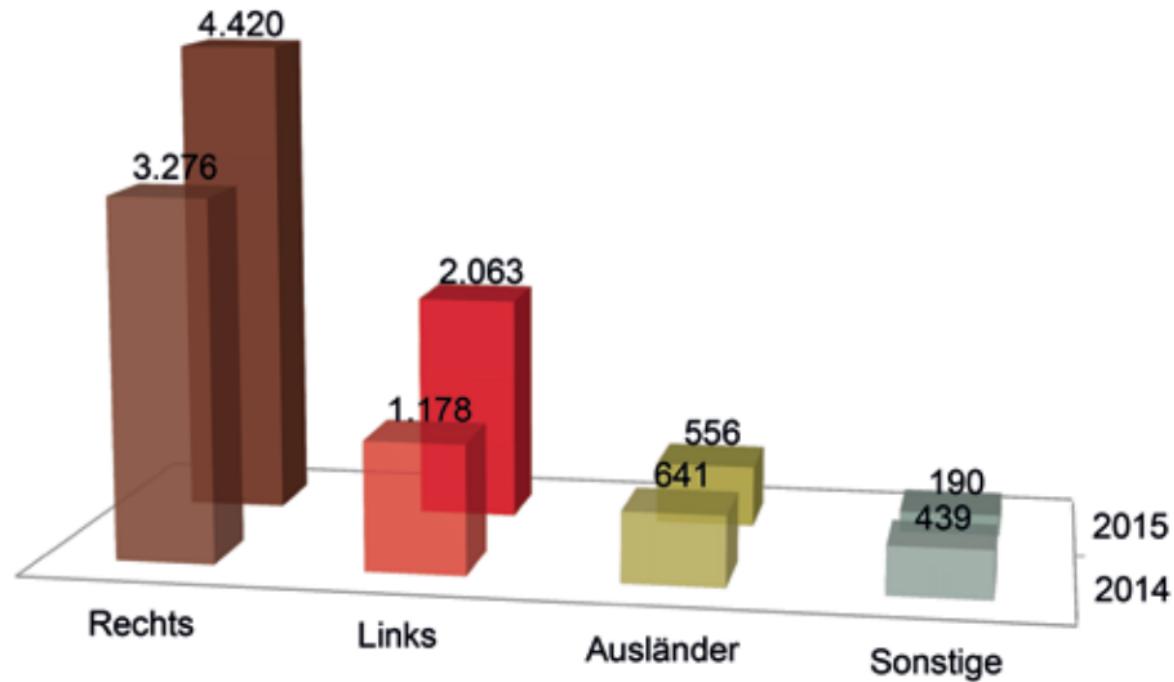
Salafisten/Jihadisten

- ▶ Anschläge
- ▶ Parallelgesellschaft
- ▶ Anwerbeversuche bei Flüchtlingen

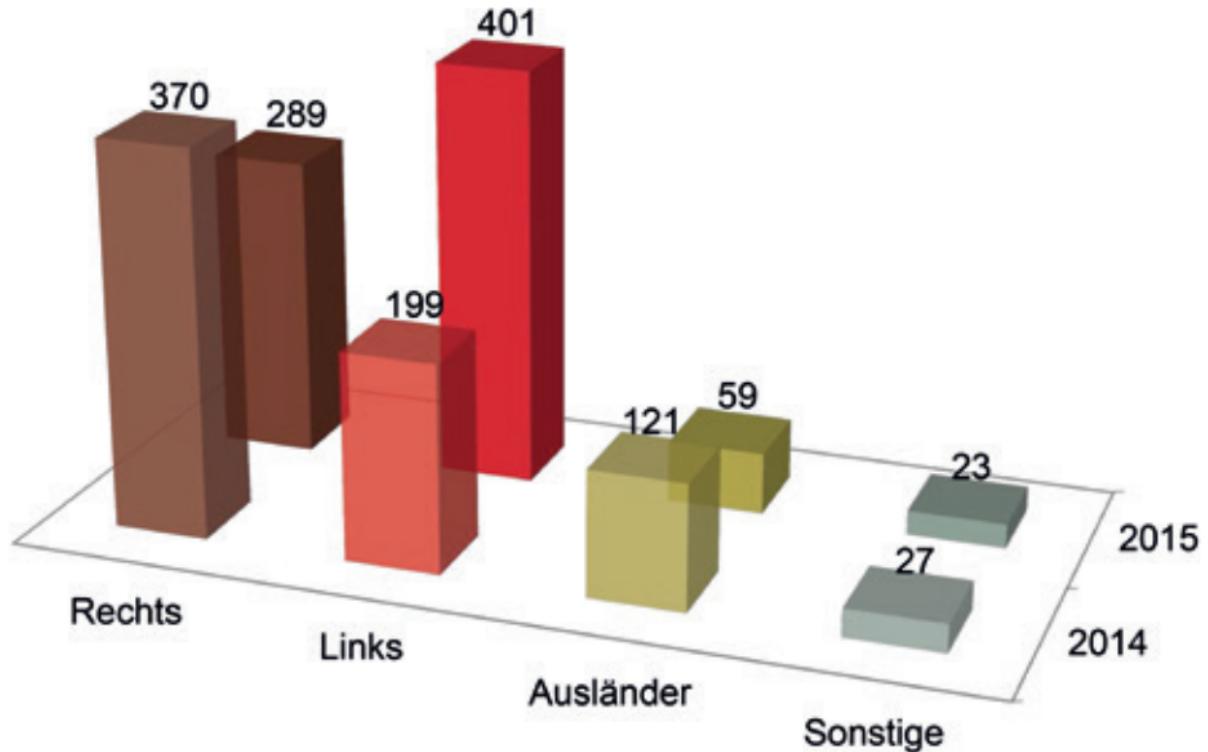
**Politisch motivierte Kriminalität (PMK) und PMK-Gewalt im
10-Jahresvergleich**



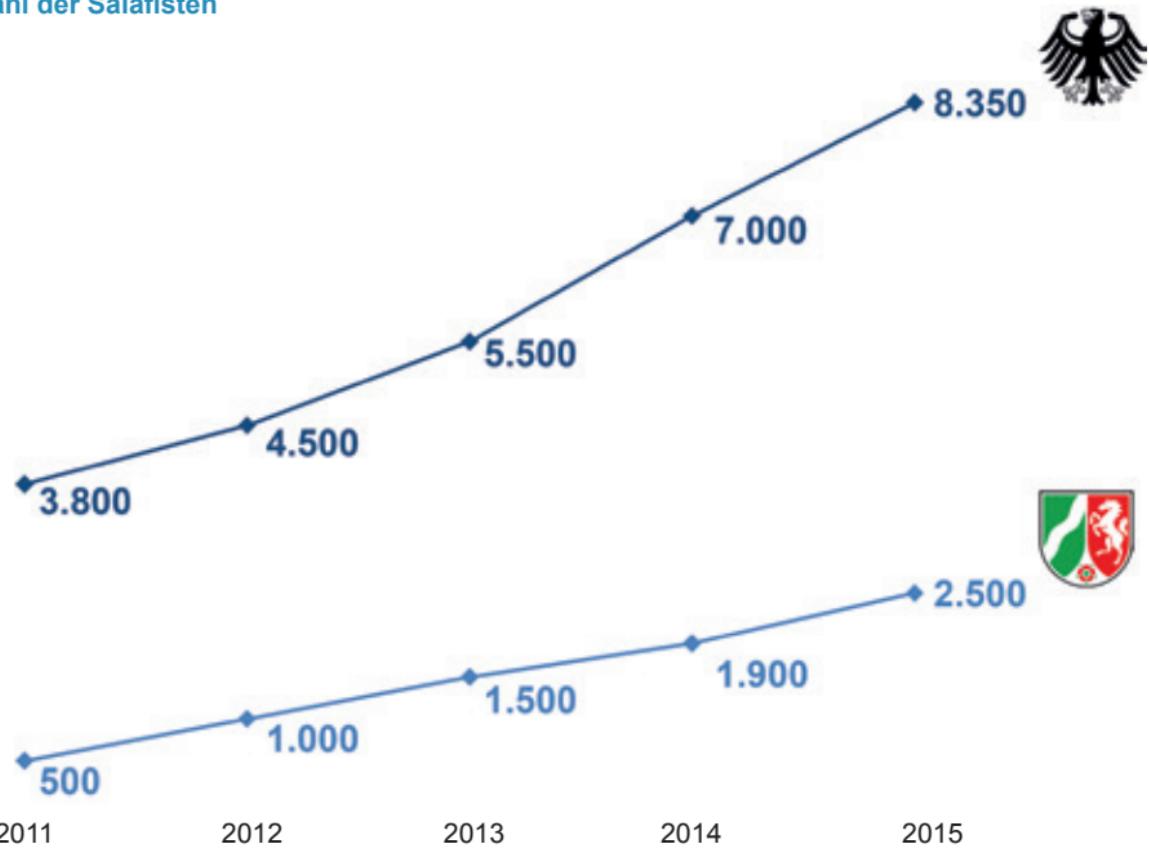
Extremistische Straftaten nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich



Gewaltkriminalität nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich

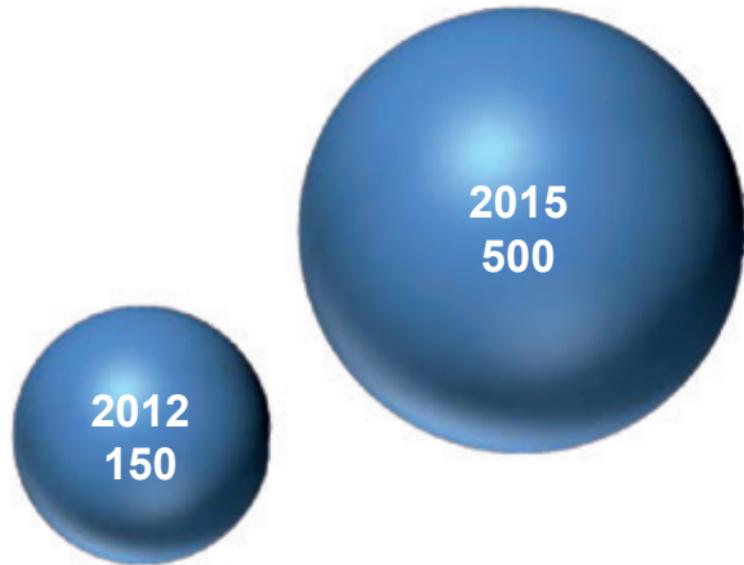


Zahl der Salafisten



Gewaltorientierte Salafisten

In den letzten Jahren gab es einen starken Anstieg von gewaltorientierten Salafisten. Dieser Anstieg erklärt sich mit der Radikalisierung durch den Syrien-Konflikt und einer professionalisierten Propaganda des sogenannten **Islamischen Staates (IS)**. Das Risiko von islamistisch motivierten Gewalttaten im Inland steigt.



Gewaltdelikte gegen Flüchtlingsunterkünfte



Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Betrachtung der Gesamtentwicklung

In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2015 insgesamt 7.532 Politisch motivierte Straftaten bekannt (2014: 5.883). Damit ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 1.649 Delikte bzw. 28% zu verzeichnen. Betrachtet nach Deliktsgruppen sind unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. So wurden beispielsweise mit 843 Sachbeschädigungen 171 Straftaten weniger gezählt als im Vorjahr. Dagegen waren bei den 1.304 Verstößen gegen das Versammlungsgesetz die höchsten Anstiege zu verzeichnen (2014: 411).

Die Aufklärungsquote im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität für das Jahr 2015 beträgt 37% (2014: 39,7%). Im Jahr 2015 konnten im Vergleich zum Vorjahr 452 Delikte mehr aufgeklärt werden.

Aufgrund des Anstiegs der Gesamtzahl der Delikte ging die Aufklärungsquote jedoch um 2,7% zurück. Insgesamt konnten 2.790 Straftaten geklärt werden (2014: 2.338).

Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität (PMK-Gewalt)

Die Zahl der bekannt gewordenen Gewaltdelikte mit politischer Motivation ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Es wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt 772 Gewaltdelikte bekannt. Das bedeutet einen Anstieg um 7,7% (2014: 717). 432 Gewaltdelikte konnten polizeilich geklärt werden (2014: 390). Die Aufklärungsquote liegt mit 56% etwas höher als im Vorjahr (2013: 54,4%).

Propagandadelikte

Einen hohen Anteil der Politisch motivierten Kriminalität macht jährlich wiederkehrend die Gruppe der Propagandadelikte, also Delikte der §§ 86 und 86a StGB, aus. Der Anteil der Propagandadelikte am Straftatenaufkommen der Politisch motivierten Kriminalität ist rückläufig. Bei den meisten Propagandadelikten handelt es sich um Hakenkreuzschmierereien, die nur wenige Ermittlungsansätze bieten und daher schwer aufzuklären sind. Mit 32,4% liegt die Aufklärungsquote der Propagandadelikte leicht unter dem Wert des Vorjahres (2014: 33,7%).

Extremistische Straftaten

Von den 7.532 im Jahr 2015 bekannt gewordenen Delikten der PMK sind 7.229 (96%) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen eingestuft, weil sie sich beispielsweise gegen

die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten. Insgesamt ist die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1.695 Delikte (30,6%) gestiegen.

Entwicklung der Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität

Betrachtet man die Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität differenziert nach Phänomenbereichen, so zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen. Straftaten der PMK-Sonstige (Straftaten, die keinem bestimmten Phänomen zuzuordnen sind) werden beispielsweise im Zusammenhang mit dem Tierrecht verübt. Die einzelnen Deliktgruppen, bezogen auf die Phänomenbereiche, werden durch die Tabelle „Deliktgruppen der Phänomenbereiche im Jahresvergleich 2015 und 2014 (2014 in Klammern)“ abgebildet:

	PMK-Rechts	PMK-Links	PMK-Ausländer	PMK-Sonstige
Tötungsdelikte	2 (0)	0 (1)	0 (1)	0 (0)
Brand- und Sprengstoffdelikte	21 (7)	17 (8)	5 (2)	6 (1)
Landfriedensbruchdelikte	7 (8)	70 (18)	7 (15)	1 (0)
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	1 (0)	13 (15)	0 (1)	0 (0)
Körperverletzungsdelikte	231 (332)	229 (104)	41 (83)	14 (25)
Widerstandshandlungen	24 (17)	70 (47)	4 (15)	2 (0)
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	2 (5)	2 (6)	2 (4)	0 (1)
Sexualdelikte	1 (1)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Zwischensumme	289 (370)	401 (199)	59 (121)	23 (27)
Bedrohungen, Nötigungen	84 (33)	19 (38)	34 (32)	5 (11)
Sachbeschädigungen	230 (192)	448 (482)	74 (71)	91 (269)
Propagandadelikte	2.271 (1.896)	30 (20)	13 (21)	149 (161)
Volksverhetzungen	799 (388)	4 (2)	36 (72)	18 (15)
Störungen des öffentlichen Friedens	34 (3)	2 (0)	24 (8)	7 (4)
Beleidigungen	346 (293)	156 (119)	66 (51)	43 (71)
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	0 (0)	0 (0)	185 (151)	0 (0)
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	280 (67)	989 (278)	20 (55)	15 (11)
Sonstige Straftaten	104 (44)	99 (123)	63 (89)	22 (96)
Gesamt	4.437 (3.286)	2.148 (1.261)	574 (671)	373 (665)

Mitgliederzahlen und -potenziale in Nordrhein-Westfalen

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich alle Mitglieder. Die Angaben sind gerundet und zum Teil geschätzt.

Rechtsextremismus	2014	2015
NPD	600	600
Pro Köln e.V./Pro NRW/	950	900
Pro Deutschland		
Die Rechte	280	300
Der III. Weg	20	30
Neonazistische Kameradschaften einschl. regionale Szenen	650	650
Skinheads	1.350	1.350
Sonstige	150	150
Doppelmitgliedschaften*	-530	-510
Gesamt	3.470	3.470
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	2.000	2.000

Linkssextremismus	2014	2015
Gewaltorientierte Links- extremisten einschl. Autonome	780	850
DKP	800	800
MLPD	650	650
Gesamt	2.230	2.300

Ausländerextremismus	2014	2015
»ADÜTDF«	2.000	2.000
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.200	2.200
LTTE	300	300
Gesamt	4.700	4.700

* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden und werden daher von der Gesamtsumme abgezogen. Die Mitglieder der Partei **Die Rechte** werden weiterhin als Neonazis gezählt.

Islamismus	2014	2015
Extremistischer Salafismus	1.900	2.500
davon politisch	1.600	2.000
davon gewaltbereit	300	500
HAMAS	65	65
Hizb Allah	100	100
Hizb ut-Tahrir	35	35
Kalifatsstaat	220	220
Muslimbruderschaft	65	65
Milli Görüs-Bewegung (extremistischer Teil)	250	250
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung	70	70
Türkische Hizbullah	100	100
Gesamt	2.805	3.405

Rechtsextremismus



Anhänger der HoGeSa

Die Flüchtlingssituation ist derzeit das bestimmende Thema im gesamten Rechtsextremismus. Dies äußert sich in einer vielfältigen fremdenfeindlichen Propaganda und führt zu zahlreichen Aktivitäten im Netz, auf der Straße und in den Kommunalparlamenten. Die menschenverachtenden rechtsextremistischen Kampagnen haben zu einer Verrohung innerhalb der rechtsextremen Szene geführt. Rechtsextremistische Gruppen und Parteien schaffen einen Nährboden für fremdenfeindliche Straftaten und für eine steigende Gewaltbereitschaft im Umfeld und bei Sympathisanten mit rechtem Gedankengut.

Ausfluss dieser rechtsextremistischen Hetze ist eine Zunahme der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Die Zahl hat sich im Jahr 2015 gegenüber 2014 bundesweit verfünfacht und in Nordrhein-Westfalen fast verneinfacht. Darunter ist eine hohe Zahl schwerwiegender Straftaten wie Körperverletzungs- und Brandstiftungsdelikte. Zuneh-

mend gibt es auch Bedrohungen und Übergriffe gegen Helfer und Politiker.

Die **NPD** versucht von der Flüchtlingssituation zu profitieren, indem sie Neid und Ablehnung gegenüber Flüchtlingen schürt. Dies entspricht der bisherigen Parteipolitik, deren aggressiv-kämpferischer Rechtsextremismus durch die Forderung nach einer Ablösung der Demokratie und der Hetze gegen Angehörige von Minderheiten gekennzeichnet ist. Das schwabende Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht hat Teile der **NPD** verunsichert. Die Partei befindet sich auf Bundesebene auch wegen des Verbotsverfahrens in einer Schwächephase. Der NRW-Landesverband hat strukturelle Probleme sowie eine schwache Führungsmannschaft. Trotzdem erreicht die NRW-**NPD** mit ihrem Facebookprofil mehrere tausend Personen und kann so ihre Botschaften unter Sympathisanten verbreiten.

Die Pro-Organisationen greifen ebenfalls die Flüchtlingssituation auf, um damit ihre fremden- und islamfeindliche Position zu verbreiten. Geprägt durch interne Auseinandersetzungen, persönliche Anfeindungen und struktureller Erfolglosigkeit haben die Pro-Gruppierungen an Aktionsfähigkeit und Wirksamkeit verloren. So ist ein anhaltender Bedeutungsverlust festzustellen. Die Neugründung des Landesverbandes von **Pro Deutschland** belegt die offen zutage tretende Feindschaft zwischen **Pro Köln/Pro Deutschland** und **Pro NRW**. Nun agieren drei Pro-Gruppierungen bei inhaltlich nahezu identischer Ausrichtung, was zu einer Verschärfung der Konkurrenzsituation innerhalb der rechtsextremistischen Parteienlandschaft in Nordrhein-Westfalen führt.

In der Partei **Die Rechte** organisieren sich überwiegend Neonazis, die aggressiv-kämpferisch auftreten. Dies trifft insbesondere auf den Dortmunder Kreisverband zu, der eine Strategie der

Provokation und Einschüchterung verfolgt. Damit soll die Aufmerksamkeit der Medien erreicht und eigene Stärke demonstriert werden. Die Aktivitäten bewegen sich dabei oftmals unterhalb einer strafbaren Grenze. Seit Anfang 2015 führte **Die Rechte** zahlreiche Demonstrationen im Umfeld von geplanten Flüchtlingsunterkünften durch und hetzte gegen Flüchtlinge sowie gegen Helfer, Journalisten und Politiker.

Die Neonazi-Szene ist größtenteils in den Parteien **Die Rechte** und **Der III. Weg** organisiert, beziehungsweise diese Parteien initiieren die meisten öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der Neonazi-Szene. Daneben gibt es noch mehrere kleinere Gruppierungen, die angesichts der Flüchtlingssituation im letzten Jahr leicht mobilisierbar waren.

Im Rechtsextremismus ist derzeit eine Radikalisierung festzustellen, die sich in einer Widerstand- und Bürgerkriegsrhetorik ausdrückt. Deshalb

musste und muss damit gerechnet werden, dass sich Gruppen bilden, die rechtsterroristische Taten verüben. Eine solche Gruppe war die rechts-terroristische **Oldschool Society (OSS)**, deren Mitglieder im Mai 2015 in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern nach Ermittlungen der Sicherheitsbehörden verhaftet wurden.

Linksextremismus



Ausschreitungen von Antifa-Aktivisten

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen stellen eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft dar, weil sie sich zum Ziel gesetzt haben, die freiheitliche demokratische Grundordnung revolutionär zu überwinden und über eine sozialistische beziehungsweise kommunistische oder eine anarchistische Gesellschaftsform eine vermeintlich herrschaftsfreie Ordnung herbeizuführen. Linksextremisten streben somit die Überwindung der durch das Grundgesetz vorgegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland an hin zu der Utopie einer klassenlosen Ordnung und eines herrschaftsfreien Zusammenlebens.

Linksextremistische Ideologien gehen vom Prinzip menschlicher Gleichheit aus, die über die individuelle Freiheit gestellt wird. Die meisten Linken verstehen sich als Internationalisten und sehen in der Arbeiterklasse das historische revolutionäre Subjekt. Allerdings stellen auch Marxisten

zunehmend die Frage, ob das Proletariat der ihm zugeschriebenen Rolle als Träger der Revolution überhaupt noch gerecht werden kann. Grundlage der politischen Arbeit eines jeden Linksextremisten ist seine antifaschistische, antirassistische und antiimperialistische Grundhaltung, wobei das bürgerlich-kapitalistische System für die Ursachen verantwortlich gemacht wird.

Zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen zählen im Bereich Linksextremismus die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** und die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)**.

Des Weiteren stehen die linksautonome Szene in Nordrhein-Westfalen sowie einzelne Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE unter Beobachtung, während die Partei selbst vom Verfassungsschutz nicht beobachtet wird. Sie lässt allerdings innerparteilich auch im Jahr 2015 Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise

sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zu mindest den Verdacht begründen. Es handelt sich dabei um die Zusammenschlüsse »Antikapitalistische Linke (AKL)«, **Kommunistische Plattform (KPF)** sowie ihren Jugendverband **Linksjugend ['solid]**. Diesen Zusammenschlüssen und auch der **Linksjugend ['solid]** ist gemeinsam – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – das Streben nach der Überwindung des „kapitalistischen Systems“ und die Forderung nach einer sozialistischen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Deutschland, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist.

Auch im Jahr 2015 blieben **DKP** und **MLPD** wahlpolitisch weiterhin bedeutungslos. Wichtiger als Wahlen ist für die Partei **DKP** die Arbeit in der „außerparlamentarischen Opposition“, das bedeutet, dass die Gewerkschafts- und Betriebsarbeit sowie

in Bündnissen bei Demonstrationen im Mittelpunkt stehen. Stagnation der Mitgliederzahl, Überalterung und mangelnde Organisationsdichte sind die großen Probleme der **DKP**. Um diesen Entwicklungen zu begegnen, wurde 2015 mit Großveranstaltungen wie das „Festival der Jugend“ im Mai in Köln versucht, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen.

Die **MLPD** verlagerte ihren gesellschaftlichen Fokus auf den internationalen Bereich: Sie unterstützt den Wiederaufbau der zerstörten kurdischen Stadt Kobane in Rojava in Westsyrien auf der Basis eines Solidaritätspakts mit dem kurdischen Befreiungskampf, den die **MLPD** als Mitglied der »ICOR (Internationale Koordination revolutionärer Parteien und Organisationen)« im April offiziell abgeschlossen hatte. Durch Spendenaktionen und Sammlungen von medizinischen Hilfsgütern und Arbeitsmaterialien wurde das Ziel, ein Gesundheitszentrum in Kobane aufzubauen, mit

Nachdruck verfolgt und alle Partei-, Vorfeld- und Nebenorganisationen wurden einbezogen.

Im Unterschied zu linksextremistischen Parteien und Gruppierungen stellt die linksautonome Szene auch im Jahr 2015 eine heterogene, alternative Mischszene dar, deren gemeinsame ideologische Basis fundamental-anarchistische und kommunistische Theoriefragmente bilden. Die Szene ist insgesamt eher weniger ideologifixiert als actionsorientiert. Der Mangel an verbindlicher Zielsetzung wird über das Erlebnis identitätsstiftender, gemeinsamer politischer Protestaktivitäten zu den Themen wie Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus oder Antigentrifizierung ausgeglichen. Gewalt ist dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner.

Auslandsbezogener Extremismus



Handzeichen der Ülkücü-Anhänger

Der Verfassungsschutz beobachtet im nichtislamistischen auslandsbezogenen Extremismus schwerpunktmäßig Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten oder durch Anwendung von Gewalt auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 oder 4 VSG NRW) oder bei denen Anhaltspunkt für den Verdacht einer solchen Bestrebung vorliegen. In diesen Bereichen finden sich Ideegelemente aus dem Rechtsextremismus (»Ülkücü-Bewegung«) und Linksextremismus (**PKK** und **DHKP-C**) sowie separatistische Bestrebungen (**LTTE**).

Insbesondere das Aktionsverhalten der nichtislamistischen extremistischen Ausländerorganisationen, namentlich das der **PKK** und der **DHKP-C**, wird entscheidend von den Entwicklungen und Ereignissen in den jeweiligen Herkunftsländern und von der angespannten Lage in den kurdischen Siedlungsgebieten in Syrien und im Irak geprägt.

PKK und **DHKP-C** versuchen in zunehmendem Maße auch unter Einsatz von Gewalt und Terror, eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse in der Türkei herbeizuführen.

Diese zugespitzte Situation führte insbesondere nach dem Anschlag von Suruc vom 20. Juli 2015, an dem aus Sicht der **PKK** der türkische Staat mit schuldig war, zu einem Anstieg der durchgeföhrten Demonstrationen und zu einer erkennbaren Erhöhung des Emotionalisierungsgrades vor allem bei jungen **PKK**-Anhänger. Gleichwohl verliefe der überwiegende Teil der **PKK**-Demonstrationen auch nach dem Anschlag von Suruc in Nordrhein-Westfalen störungsfrei. Allerdings konnte in einigen Fällen nur durch das Trennen der verfeindeten Gruppierungen (**PKK**- gegen »Ülkücü«-Anhänger) eine offene Eskalation der Gewalt unterbunden werden. Zudem kam es mehrfach zu Angriffen auf türkische Moscheen, die von »Ülkücü«-Anhängern

besucht werden sowie zu einem Angriff auf das türkische Generalkonsulat in Münster.

Dieses verstärkte Aktionsverhalten führt zu Wechselwirkungen, die u.a. auch eine Zunahme von Aktivitäten von »Ülküçü«-Anhängern gegen kurdische Personengruppen und kurdische Einrichtungen auslösten. Im Vergleich zum Jahr 2014 gab es einen deutlichen Anstieg an Demonstrationen und Gegendemonstrationen aber auch an gezielten Angriffen auf **PKK**-Anhänger wie zum Beispiel Angriffe auf kurdische Vereinsheime. Für den Dachverband der vereinsgebunden agierenden »Ülküçüs« »ADÜTDF« ist nach wie vor feststellbar, dass dieser sich darum bemüht, das Image eines eher kulturell tätigen denn politisch agierenden Dachverbandes zu pflegen. Der Dachverband setzt damit auf den Ausbau seiner Strukturen und versucht zugleich insbesondere Jugendliche an sich zu binden und für die nationalistische Ideologie der »Grauen Wölfe« einzunehmen.

Für den Bereich der **LTTE** ist die jährliche Durchführung von Gedenkveranstaltungen zum sogenannten Märtyrergedenken weiterhin einer der wichtigsten Identifikationspunkte ihrer Anhänger. Die seit einigen Jahren beobachtbare Konkurrenz innerhalb der Flügel der **LTTE** hat deutlich abgenommen.

Die **DHKP-C** hat bereits im Jahr 1999 erklärt, in Westeuropa auf den Einsatz von Gewalt zur Umsetzung ihrer Ziele verzichten zu wollen. Diese Zusage hat bislang weiterhin Bestand. In der Türkei hingegen ist die Gefahr von terroristischen Anschlägen durch die Organisation nach wie vor aktuell.

Islamismus



DIE RACHE WIRD BEI EUCH
VOR ORT SEIN... !

IS-Propagandmaterial

Die Gefährdungslage im Bereich des islamisch motivierten Extremismus in Nordrhein-Westfalen blieb im Jahr 2015 dauerhaft erhöht. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Frankreich und Belgien wird deutlich, dass der sogenannte „**Islamische Staat**“ und dessen Sympathisanten tatsächlich in der Lage sind, groß angelegte terroristische Straftaten auch in westeuropäischen Staaten zu planen und durchzuführen.

Die Zahl der Europäer, die nach Syrien ausgereist sind, um sich dort dem Kampf gegen das Assad-Regime und für einen – wie auch immer gearteten – sunnitischen und Scharia-basierten Staat anzuschließen, wird auf 5.000 bis 6.000 Personen geschätzt. Bis Januar 2016 sind 218 Personen aus Nordrhein-Westfalen, darunter 56 Frauen, diesem Ziel gefolgt.

Die größten Gefahren gehen derzeit von Rückkehrern aus Syrien sowie Personen aus, die sich

auch ohne Ausreise aus Deutschland jihadistisch orientieren. Mit islamistisch motivierten Anschlägen ist weiterhin zu rechnen. Die Anschläge in Belgien, Frankreich und Dänemark und zuletzt auch in Deutschland, zeigen deutlich die Ausweitung dieses Konflikts auf Europa und damit auch auf Nordrhein-Westfalen.

Im Januar 2015 wurde im belgischen Verviers ein Netzwerk von Syrien-Rückkehrern ausgehoben, das kurz davor stand, belgische Polizeibeamte zu überfallen und zu töten.

Ebenfalls im Januar 2015 ereignete sich ein Schusswaffenanschlag auf das Satiremagazin Charlie Hebdo, das von zwei Brüdern verübt wurde. Hierbei kamen zwölf Menschen ums Leben. An den beiden Folgetagen wurden von einem weiteren Attentäter ein Polizistin und vier Personen in einem jüdischen Supermarkt getötet.

Im Februar wurden in Kopenhagen von einem Attentäter Schüsse auf ein Kulturzentrum abgegeben. Ein Besucher einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Kunst und Meinungsfreiheit wurde hierbei getötet. In der darauffolgenden Nacht erschoss derselbe Attentäter einen Wachmann vor einer Synagoge.

Im November 2015 ereigneten sich in Paris mehrere fast gleichzeitig durchgeführte Terroranschläge. Hierbei wurden über 130 Personen getötet. Der sogenannte **Islamische Staat** bekannte sich kurz darauf zu den Anschlägen und drohte in einem Video auch Deutschland explizit mit ähnlichen Aktionen.

Die Situation in Syrien schürt weiterhin religiöse und ethnische Konflikte auch in Deutschland. Bereits bekannte „Ressentiments“ zwischen Salafisten und Schiiten dehnten sich bereits 2014 auf weitere Gruppierungen wie die Jesiden und

Kurden aus. Des Weiteren wird die Situation in Syrien dazu genutzt, neue Anhänger und Sympathisanten für die salafistisch-extremistische Idee zu gewinnen – entweder indem zur Solidarität mit Muslimen oder aber zum Kampf im sogenannten **Islamischen Staat** aufgerufen wird.

Für das Jahr 2016 ist innerhalb dieses Extremismus-Bereichs von einer weiteren Steigerung sowohl der Anhängerzahlen als auch der Anzahl gewaltbereiter Salafisten auszugehen. Wie die Anschläge des vergangenen Jahres zeigen, hat sich die Terrorgefahr für Europa und für Deutschland weiter verdichtet.

Die Lage im Nahen Osten ist nach dem Scheitern des „Arabischen Frühlings“ und aufgrund des Syrien-Konflikts weiterhin äußerst instabil. Es ist mit weiteren Krisen zu rechnen, die mittelbare und unmittelbare Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen haben werden.

Ein weiteres Konfliktfeld, das zusätzlich zur Emotionalisierung bis hin zur Gewaltbereitschaft bei Islamisten führt, sind rechtspopulistische beziehungsweise rechtsextremistische Kampagnen, die das Thema Salafismus und generell Islamfeindlichkeit für ihre Zwecke nutzen (HoGeSa, Dügida und weitere).

Mit der Flüchtlingsbewegung insbesondere über das Mittelmeer und die Balkanroute hat im Jahr 2015 eine hohe Zahl von Schutz suchenden Personen Deutschland erreicht. Gleichzeitig wird durch die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder eine Steigerung des Hinweisaufkommens verzeichnet. Es werden sowohl Hinweise auf Aktivitäten von Islamisten und vor allem Salafisten vor Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen bearbeitet als auch Hinweise auf vermeintliche Jihadisten unter den Flüchtlingen.

Dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen liegen seit August 2015 mehr als 100 Meldungen über die Kontaktaufnahme von Einzelakteuren, Organisationen und Vereinen des salafistisch-extremistischen Spektrums zu Flüchtlingen und über entsprechende Propaganda – in der Regel im Internet – vor.

Scientology



Veröffentlichungen der Scientology-Organisation

Die Ziele der **Scientology Organisation (SO)** wurden durch den Gründer Lafayette Ron Hubbard festgelegt. Nach der Ideologie der **SO** sind seine Lehren unabänderlich und bindend. Scientologen teilen die Gesellschaft in „Nichtabberierte“ und „Abberierte“ (Nicht-Scientologen). Letztere sind nach scientologischen Vorstellungen in einzelnen Menschenrechten einzuschränken.

Eines der großen Themen in der **SO** ist die Expansion, auf welche die Mitglieder kontinuierlich eingeschworen werden und zu deren Erreichung **SO** versucht, Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu nehmen. Zu diesen Tarnorganisationen gehören unter anderem **Der Weg zum Glücklichsein, Jugend für Menschenrechte** und **Sag nein zu Drogen**. Mit professionellen Internetpräsenzen und Themen wie zum Beispiel Drogen und Menschenrechte sprechen sie insbesondere Jugendliche an und nutzen das Internet, um außerhalb der

Einflussmöglichkeit der Erziehungsberechtigten mit ihnen Kontakt aufzunehmen.

Im Winter 2013 wurde durch den Leiter der **SO** David Miscavige das „Goldene Zeitalter der Technologie, Phase II“ ausgerufen. In der Folge absolvierten zahlreiche Mitglieder der Organisation im Jahr 2014 kostenpflichtige Kurse. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2015 fort. Es ist jedoch festzustellen, dass die Nachfrage abnimmt. Zudem konnte die **SO** im Jahr 2015 offensichtlich nicht Mitglieder in nennenswertem Umfang anwerben. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Gesamtzahl der Mitglieder derzeit abnimmt.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz



Im Jahr 2015 bestand ein weiterhin hohes Interesse fremder Nachrichtendienste an Informationen über politische Vorhaben und Ziele, Verhandlungspositionen und Strategien sowie wirtschaftliche Planungen und militärische Potenziale in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Dies belegen zahlreiche Versuche fremder Nachrichtendienste, Kontakt mit Gesprächspartnern in der nordrhein-westfälischen Politik und Wirtschaft aufzunehmen.

Proliferationsrelevante Beschaffungsstellen bemühten sich zudem in großer Zahl, sogenannte Dual-use-Güter in Nordrhein-Westfalen zu beschaffen. Dies sind Produkte, die sowohl zivile als auch militärische Relevanz aufweisen. Über ein Beschaffungsnetzwerk aus Tarnfirmen und Strohmänner in diversen Staaten wird versucht, diese Güter an den eigentlichen Empfänger liefern zu lassen, der unerkannt bleiben soll. Im Berichtsjahr konnte die Spionageabwehr 141 Beschaffungsversuche beobachten. Dies ist nahezu eine Ver-

dopplung gegenüber dem bis dahin bestehenden Höchstwert aus dem Jahr 2014 (83). In über 90 Prozent der Fälle wurde eine Auslieferung verhindert.

Im Jahr 2015 konnte eine deutlich erhöhte Zahl von qualitativ hochwertigen Cyberangriffen auch auf deutsche Unternehmen festgestellt werden. Ziel der Angriffe waren Unternehmensnetzwerke und Kontrollsysteme der Industrie.

Der Verfassungsschutz leistete in den genannten Bereichen auch im Jahr 2015 eine intensive Beratungs- und Sensibilisierungsarbeit in zahlreichen Gesprächen und Vorträgen mit einzelnen Personen, Unternehmen, Verbänden und Organisationen.

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme



20. Deutscher Präventionstag

Die Extremismusprävention des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes konzentrierte sich im Jahr 2015 weiterhin auf die Bereiche Islamismus und Rechtsextremismus. Im Vordergrund stand dabei ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz, über den zahlreiche institutionelle Stellen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren systematisch und umfassend informiert und sensibilisiert worden sind.

Das landesweite Präventionsprogramm „Wegweiser“, das den Einstieg in die salafistische Szene zu verhindern versucht, ist auf vier weitere Regionen ausgeweitet worden. Der Verfassungsschutz bietet zudem mit eigenen Programmen Rechtsextremisten und seit Oktober 2014 Islamisten die Möglichkeit zum Ausstieg aus der extremistischen Szene.

Ein wichtiger Schritt war in diesem Zusammenhang die wissenschaftliche Evaluation des beim Verfassungsschutz NRW angesiedelten Aus-

steigerprogramms für Rechtsextremisten. Die Ergebnisse sind am 18. Mai 2015 dem nordrhein-westfälischen Landtag vorgestellt worden.

Bei der Prävention arbeitet der Verfassungsschutz NRW erfolgreich mit zahlreichen Partnern zusammen: Der verstärkte Austausch mit allen maßgeblichen Ressorts der Landesregierung bringt die Präventionsbemühungen voran. Dazu gehört die zusammen mit der Stadt Dortmund am 25. November ausgerichtete Fachtagung „Die Partei 'Die Rechte' – Ideologie, Aktionsformen, Gegenstrategien“. Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und hat das Innenministerium NRW die Tagung „Einstiegsprozesse: Rechtsextremismus und gewaltbereiter Salafismus. Gemeinsamkeiten – Unterschiede – Gegenmodelle“ ausgerichtet.

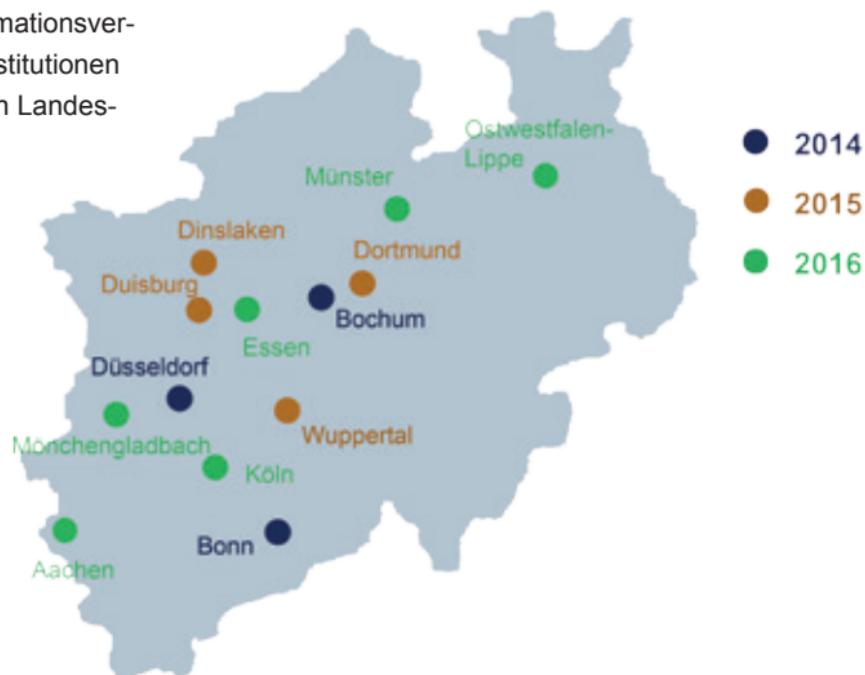
Aufklärung über Ideologien, Strukturen und Strategien verfassungsfeindlicher Organisationen und

Parteien stärkt die Wachsamkeit der demokratischen Öffentlichkeit und festigt auf diese Weise das Fundament einer wehrhaften Demokratie.

Im Jahr 2015 hat sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz an rund 170 Informationsveranstaltungen für Politik, Behörden, Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürger in allen Landesteilen beteiligt.

Präventionsprogramm Wegweiser

Wegweiser-Anlaufstellen in Nordrhein-Westfalen



Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01

Telefax: 0211/871 - 3355

poststelle@mik.nrw.de

www.mik.nrw.de

